KGSt

Neue Handreichung für Kommunen

[15.07.2021] Ein neuer KGSt-Bericht befasst sich mit der digitalen Souveränität in Kommunen und dem damit einhergehenden Einsatz von Open Source Software sowie offenen Standards. Der Bericht zeigt, dass OSS mehr ist als nur ein Code und IT.

In einem großabgelegten Projekt befasst sich die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) mit Open Source Software und der digitalen Souveränität in Kommunen (wir berichteten). Jetzt hat sie dazu einen Bericht veröffentlicht. Darin geht es vor allem um die technologische und die Datensouveränität. Ein zentraler Hebel zur Stärkung dieser Facetten sei der Einsatz von Open Source Software (OSS) und offenen Standards in der Verwaltung.
Bereits im Jahr 2020 hat die KGSt mit Unterstützung des Deutschen Städtetags und der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister, Vitako, eine Umfrage zum Thema „Open Source in Kommunen“ durchgeführt (wir berichteten). Demnach sehen sich viele Kommunen in kritischer Abhängigkeit von einzelnen nationalen und internationalen Software-Anbietern. Gleichzeitig habe der Einsatz von Open Source Software, die sich durch eine herstellerunabhängige Lizenz auszeichnet, noch viel Potenzial. Oft fehlen jedoch Erfahrung und Know-how. Viele Chancen, wie eine intensivere interkommunale Zusammenarbeit und gemeinsame Entwicklung und Nachnutzung technischer Lösungen, blieben aktuell ungenutzt. Dabei sei gerade die IT-Verantwortung im Zuge der zunehmenden Digitalisierung Teil des kommunalen Gestaltungsauftrags und der kommunalen Selbstverwaltung.
In einer gemeinsamen Initiative haben der Deutsche Städtetag und die KGSt das Thema deshalb aufgegriffen. Das vom Deutschen Städtetag publizierte Diskussionspapier „Digitale Souveränität und Kommunen stärken“ skizziert laut KGSt den übergeordneten Rahmen.

OSS ist mehr als Code und IT

Der neue KGSt-Bericht „Open Source in Kommunen – Ein Baustein für mehr digitale Souveränität“ wurde unter Leitung von KGSt-Referentin Anika Krellmann gemeinsam mit kommunalen Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Fachbereichen und weiteren Partnerinnen und Partnern aus dem Open-Source-Ökosystem erarbeitet. Der Bericht enthält konkrete Hinweise dazu, was genau Open Source bedeutet, welche guten Beispiele es gibt, aber auch, vor welchen Herausforderungen Kommunen bei der Einführung und Nutzung von OSS stehen und mit welchen Vorurteilen OSS behaftet ist.
Im nun veröffentlichten Teil eins „Grundverständnis, Potenziale und Herausforderungen“ liegt der Schwerpunkt laut KGSt auf der Bedeutung von OSS für die digitale Souveränität und den wichtigsten Grundlagen – von Lizenzfragen bis hin zur Bedeutung offener Standards. Ergänzt wird der KGSt-Bericht durch zahlreiche Beispiele aus der kommunalen Praxis. Daraus leiten sich unterschiedliche Anforderungen für eine Open Source Governance ab. Dabei geht es um Fragen der IT-strategischen Ausrichtung, der Vergabe und Beschaffung, aber auch der Nutzendezentrierung. Die KGSt kündigt an, dass sie auf diese Fragen in einem weiteren Bericht vertiefend eingehen wird.
Der nun vorliegende Bericht zeige zunächst: Open Source Software ist mehr als ein Code und mehr als IT. Es gelte, unterschiedliche Bereiche in den Blick zu nehmen. Vor allem aber brauche es den politisch-strategischen Umsetzungswillen, eine Innovationskultur und die richtige Haltung.

(th)

http://www.kgst.de/doc/20210706A0006

Stichwörter: Panorama, KGSt, digitale Souveränität, Open Source Software